

Einzelhefte... 10.- M. im voraus zahlbar...

Die wichtigsten... 2030, 2645, 4510, 4603, 4635, 4548, 4923.

GTREIF Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Eine bürgerliche Regierung in Oesterreich

Ablehnung der Koalition

W. Wien, 20. Oktober.

Abg. Dr. Bauer erklärte gestern abend, es sei ausgeschlossen, daß sich ein Sozialdemokrat an irgendeiner Kommission oder an einer Regierung beteiligen werde.

Wie weiter aus Wien gemeldet wird, hat die „Arbeiterzeitung“ bereits Montag erklärt, die Partei sei einmütig der Auffassung, daß die Sozialdemokraten nach Zutritt zum Nationalrat...

Der Bergarbeiterstreik im Unterhause

London, 20. Oktober.

In der gestrigen Sitzung des Unterhauses erklärte Bonar Law, daß sich die Durchführung der Friedensverträge in zureichendster Weise vollziehe und daß sich die britische Regierung mit der Aburteilung des ehemaligen deutschen Kaisers in London nicht beschäftigen werde.

Der Abgeordnete Brace erklärte, daß die Grubenarbeiter den Vorschlag der Regierung, den Lohnstreik einem Schiedsgericht zu unterbreiten, nicht annehmen könnten, da die Erfüllung der Lohnforderungen von einer Produktionssteigerung abhängig gemacht werde und die Bergarbeiter eine Ueberproduktion befürchten.

Nach den neuesten Meldungen dauert der Bergarbeiterstreik in England unverändert fort. Es werden fortwährend neue Betriebe stillgelegt.

Grubenbezirk von Südwales sollen die streikenden Bergleute große Demonstrationsversammlungen abgehalten haben, wobei Polizei und Militär gegen die Demonstranten vorgingen und von der Waffe Gebrauch machten.

Ob alle Einzelheiten dieser Meldung zutreffen, ist zweifelhaft. Nicht zweifelhaft ist indes, wie wir schon gestern schrieben, daß die englische Regierung rüstet, um durch das Einschleusen der Nachmittel des Staates das Gewicht des Widerstandes der Unternehmer zu erhöhen.

Das Schicksal Danzigs

Paris, 19. Oktober. (Havas.)

Der Vorkonferenzrat genehmigte den Entwurf des Abkommens, welches zwischen Polen und der Freien Stadt Danzig abgeschlossen werden soll.

Der russische Außenhandel

DE. Helsingfors, 19. Oktober.

Der Oberste Wirtschaftsrat veröffentlichte eine Mitteilung, aus der die Mißerfolge der russischen Lokomotivbestellungen im Auslande hervorgehen. Von den 5000 benötigten Lokomotiven übernahm ein schwedischer Konzern 900, wobei 200 Lokomotiven jährlich abgeliefert werden sollten.

Nach einer amtlichen Feststellung der „Roten Zeitung“ sind bisher zwei Millionen Rubel verschiedener Waren aus dem Auslande nach Sowjetrußland eingeführt worden.

Korruption in Regierungsämtern

Auf eine Anfrage der demokratischen Abgeordneten teilte der Unterstaatssekretär im Reichswirtschaftsministerium Dr. Hirsch folgende hochinteressante Tatsachen mit, die zeigen, welche ungeheuerliche Korruption in den Dienststellen des Reichskommissars für die Ein- und Ausfuhr herrscht.

Die Ermittlungen über die in der Presse erörterten Fällungen von Ein- und Ausfuhrbewilligungen haben bis jetzt zu folgendem Ergebnis geführt:

I. Der Außenhandelsnebenstelle Chemie in Hamburg war bekannt geworden, daß der Firma Paul Hoff am 10. Juni 1920 an der Börse von einem Makler Puybach eine Ausfuhrbewilligung über 10 000 Kilogramm Faulbaumrinde zum Preise von 9000 Mark angeboten worden sei.

Die beschlagnahmten Bewilligungen sind der Kriminalpolizei übergeben worden. Weitere Ermittlungen sind noch im Gange.

II. Ausfuhrbewilligungen für Holz im Wert von 35 Millionen Mark, welches von Königsberg nach England gehen sollte, und die Ausfuhrbewilligung über 500 Tonnen Benzin im Werte von etwa 12 1/2 Millionen Mark für das städtische Kohlenamt in Elberfeld stellten sich als plumpe Fällungen mit einem nachgemachten Stempel heraus.

III. In Karlsruhe sind ebenfalls zahlreiche Fällungen vorgekommen. Ein Angestellter des Delegierten des Reichskommissars für die Ein- und Ausfuhr in Karlsruhe hat Blankoformulare mit dem erforderlichen Stempel versehen.

verhaftet. Er hat bisher zugegeben, in etwa 10 Fällen Mißbrauch mit dem Stempel getrieben zu haben. Er hat für jedes gefälschte Exemplar 2000 Mark erhalten.

IV. Bei den in Köln vorgekommenen Fällungen sind ebenfalls eine Reihe von Blanko-Formularen mit dem Stempel versehen worden. In welchem Umfange Fällungen vorgekommen sind und von den gefälschten Bewilligungen Gebrauch gemacht worden ist, ist noch Gegenstand eingehender Erhebungen.

Nach unserer Meinung aber genügt es durchaus nicht, daß die Ermittlungen sich nur darauf erstrecken, in welchem Umfange Fällungen vorgekommen sind. Ebensovienig genügt es, die Angestellten, die diese Fällungen vorgenommen haben, zur Verantwortung zu ziehen.

Wo bleibt der Staatsanwalt?

Ueber einen geradezu unglaublichen Vorgang, der sich in der Ein- und Ausfuhrstelle für Leder abgepielt hat, erfahren wir folgendes: Mit der Leitung dieser Stelle wurde ein Herr Görrig beauftragt. Als etwa im Juli ein anderer Herr diese Stelle übernehmen sollte, erklärte Herr Görrig, daß die eingegangenen Gebühren - etwa 300 000 Mark - sein persönliches Eigentum darstellten.

Alarmschrei gegen den Beginn der Sozialisierung

K. V. Als die schreienden Plakate „die Sozialisierung kommt!“ in der ersten Phase der Revolution vom Regen zerwaschen und vom Winde zerzaust waren, war für die bürgerliche deutsche Republik dieser Gedanke von der Tagesordnung zunächst abgeseht.

Der Schrei nach der sozialistischen Anwendung von Produktionsmitteln und Produktionskraft schallt heute mit zunehmender Dringlichkeit über die politische Bühne. Mit wachsender Ungebuld fordern die Arbeiter die Sozialisierung der entscheidenden Produktionszweige.

Der Angriff auf die Privatwirtschaft in der Kohlenproduktion ist ein Schlag gegen einen Capseiler der sozialistischen Produktion. Da ist es denn ganz erklärlich, wenn sich die Beklemmungen des Grubenkapitals in lauten Hilferufen an die gesamte Kapitalistenklasse Luft machen.

Der Haupttrumpf, der das gesamte Unternehmertum zur Solidarität aufrufen soll aber sind folgende Sätze über das drohende Weitergreifen der ersten sozialisierten Industrie zu den nächsten:

„Wer verbürgt uns, wenn wir uns nur von politischen Gesichtspunkten leiten lassen, daß nicht eines Tages, bevor man die Wirkung der ersten Sozialisierungsetappe übersehen kann, beispielsweise die Arbeiter in den elektrischen Fabriken erklären: Was den Kohlenarbeitern recht ist, ist uns nur billig, unsere Betriebe sind reif, folglich sind sie zu sozialisieren.“

Die Ahnungen dieses Preisfechters der Privatwirtschaft sind durchaus begründet. Indem die Unabhängige Sozialdemokratie die Forderung auf Bergesellschaftung vor allem der Kohlengruben in den Vordergrund stellt, erhofft und erwartet dabei unsere Partei, daß im Kampfe um dieses Objekt die Kräfte des Proletariats sich bereits so konzentrieren, daß der zweite Schritt ihm wesentlich leichter werden wird.



ordnaren kommunistischen Deklamationen von der „Kon-  
terrevolutionären Hisslerdingischen Teilsozialisierung“  
als armseliges Gefasel. Der Wortführer des Grubenkapitals  
erkennt klarer als die „revolutionären“ Kommunisten die  
eminente Gefahr, die ihm aus der Taktik unserer Partei  
erwächst.

## Das internationale Arbeitsamt

Albert Thomas, der Direktor des internationalen  
Arbeitsamts, befindet sich in Berlin, um mit den sozial-  
politischen Behörden des Reiches und mit der deutschen Ge-  
werkschaftsbewegung in Fühlung zu treten. Die Tätigkeit  
des Arbeitsamts ist soweit fortgeschritten, daß dieses Inver-  
bindungtreten mit den einzelnen Ländern zur weiteren  
Förderung der internationalen sozialpolitischen Arbeit not-  
wendig ist. Doppelt notwendig ist die Fühlungnahme mit  
der deutschen Arbeiterbewegung und mit Deutschland  
überhaupt. Nicht deswegen, weil, wie die Legende berichtet,  
Deutschland sozialpolitisch in der Welt voranschreitet, son-  
dern weil in den deutschsprechenden Ländern auch heute noch  
die Massen der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter am  
dicksten beieinander sind. Aus dem Vortrag, den Thomas  
gestern in einer Versammlung von deutschen Gewerkschafts-  
funktionären im Herrenhause hielt, geht diese hohe  
Bedeutung der deutschen Arbeiterbewegung für die inter-  
nationale sozialpolitische Arbeit hervor. Thomas berichtete,  
daß von 25 Millionen organisierter Arbeiter, auf die sich  
das internationale Arbeitsamt erstreckt, allein 10 Millio-  
nen in solchen Ländern angesetzt sind, die die deutsche Sprache  
verwenden. Es sind das vorwiegend die 8 1/2 Millionen Mit-  
glieder des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und  
die Mitglieder der Gewerkschaften in Deutsch-Oesterreich, in  
Deutsch-Böhmen und in der Schweiz.

Albert Thomas' Erscheinen in Deutschland und sein Vor-  
trag vor den deutschen Gewerkschaftlern interessiert uns aber  
vor allem darum, weil er wieder einmal in knapper Zu-  
sammenfassung das Maß von Bedeutung — oder wenn man  
will Bedeutungslosigkeit — des internationalen  
Arbeitsamts darstellt. In einem Bericht des „Vorwärts“  
heißt es darüber:

Thomas hob dann hervor, daß die internationale Organisation  
für den Arbeiterschutz aus zwei Organisationen besteht, der  
Hauptversammlung und dem Internationalen Arbeitsamt. Die  
Hauptversammlung tritt zweimal im Jahre zusammen. Jeder  
Mitgliedstaat entsendet außer den Regierungsvertretern je  
einen Vertreter der Arbeitgeber und Arbeit-  
nehmer. Diese beiden Vertreter müssen aus den maßgebenden  
Berufsverbänden der Arbeitgeber und Arbeitnehmer ent-  
nommen werden. Welche Organisationen dafür maßgebend sind,  
ist in einigen Ländern mitunter sehr schwierig zu bestimmen.

Die Hauptversammlungen können Beschlüsse fassen von zweierlei  
Art: Erstens Entwürfe zu einem Übereinkommen, zweitens  
Vorschläge. Die Übereinkommen werden bindend, wenn sie  
von den Staaten ratifiziert sind. Sie wirken dann wie  
früher die Staatsverträge. Die Vorschläge lassen den ein-  
zelnen Staaten Freiheit, ob sie den Vorschlägen nachkommen  
wollen. Als auf der Friedenskonferenz über den Teil 13 beraten  
wurde, haben die Arbeitgebervertreter in der Kommission diesbezüg-  
lich beantragt, daß die Beschlüsse der Hauptversammlung gesetz-  
gebende Kraft erhalten sollten. Dies ist aber nicht durch-  
geführt worden, weil zu viele der Staaten Bedenken dagegen  
hatten. Die Beschlüsse der Hauptversammlung müssen innerhalb  
Jahresfrist den Parlamenten vorgelegt werden. Die Ste-  
llungnahme dazu steht den Parlamenten frei.

Aus dieser Darstellung des Direktors des internationalen  
Arbeitsamts geht hervor, daß das Amt nichts anderes ist,  
als eine internationale sozialpolitische Studienver-  
einigung ohne bindendes Recht. Das Amt hat in  
jeder Beziehung, sowohl den Regierungen wie den Parla-  
menten der Länder gegenüber nur das Recht der An-  
regung. Soweit es sich also mit seiner Arbeit an diese  
wendet, wird das Amt sehr viel zur Fällung der amtlichen  
und parlamentarischen Papierkürbe beitragen. Das be-  
deutet, daß das internationale Arbeitsamt, wenn es sich  
durchsetzen will, sich stützen muß auf die Arbeiterbewe-  
gung in den einzelnen Ländern, damit die Stogkraft der  
organisierten Arbeiterschaft den Anregungen des Amtes  
Weltung verschafft. Das bedeutet aber weiter, daß auch

die mit dem Arbeitsamt arbeitenden Arbeiterbewegungen  
der einzelnen Länder ebensowenig an die Anre-  
gungen und Vorschläge des Arbeitsamts ge-  
bunden sein können, wie die Regierungen und Par-  
lamente. Sie sind jederzeit in der Lage, die allgemeinen  
Vorschläge des internationalen Amtes den Bedürfnissen der  
einzelnen Länder anzupassen, in dem es je nach Zweckmä-  
ßigkeit und politisch-ökonomischer Möglichkeit darüber hinaus-  
geht. Das ist eigentlich eine Selbstverständlichkeit. Aber  
wir nehmen dennoch diese Gelegenheit wahr, um es be-  
sonders zu unterstreichen, weil Kosowski in Halle die  
deutschen Gewerkschaften auch deswegen als gelb be-  
schimpft hat, weil sie mit dem Internationalen Arbeits-  
amt, an dessen Spitze ein ehemaliger französischer Munition-  
minister steht, zusammenarbeiten. Aus den Darstellungen  
des Direktors selbst geht aber nun deutlich hervor, daß die  
Taktik der dem Arbeitsamt angeschlossenen Arbeiterbewegun-  
gen in keiner Weise durch diese internationale sozialpolitische  
Studienarbeit gebunden wird. Die Gewerkschaften bleiben  
frei und unabhängig in ihrem Kampfe.

## Lohnerhöhung im Ruhr-Bergbau

Vom Reichsarbeitsministerium wird mitgeteilt: Im Reichs-  
arbeitsministerium tagte am Dienstag, den 18. Oktober, unter  
Leitung des Ministerialrats Dr. Sicker der zur Regelung von  
Lohnverhältnissen im Ruhrbergbau eingesetzte Schlichtungsausschuss.  
Als Vorsitzender nahmen der preussische Minister des Innern Seve-  
ring und der Vorsitzende des Reichsbergbauverbandes General-  
direktor Königler teil. Der Schlichtungsausschuss sollte nach-  
sichenden Schiedspruch zu dem die Parteien bis zum 30. d. M. end-  
gültig Stellung nehmen werden.

Die Löhne werden mit Wirkung vom 1. Oktober 1920 ab um  
2 Mark für jede Schicht für die unterirdisch Beschäftigten und um  
25 Pfennig für die Arbeiter über Tage erhöht. Für  
die Arbeiter unter 20 Jahren beträgt die Erhöhung die  
 Hälfte dieser Höhe.

Verheiratete Arbeiter und alleinstehende Ernährer ihrer Familie im  
Sinne des § 8 Absatz 3 des Tarifvertrages erhalten vom 1. Oktober  
ab ein Hauskindergeld von je 3 Mark pro Schicht, das nach  
den Grundlagen des Kindergeldes behandelt wird.

Das Kindergeld wird um 1 Mark je Schicht und Kind  
erhöht.

Einzelheiten der Durchführung sind in der Arbeitsgemeinschaft  
zu regeln.

Döblich der Schlichtungsausschuss davon überzeugt ist, daß der  
Bergbau an der Grenze seiner finanziellen Leistungsfähigkeit an-  
gelangt ist, hat er es trotzdem für notwendig gehalten, den Berg-  
leuten noch einmal eine Lohnerhöhung zuzusprechen. Er ist sich der  
großen Tragweite dieser Erhöhung für das gesamte Wirt-  
schaftsleben voll bewußt, das damit eine neue schwere Be-  
lastung zu tragen haben wird. Von den Bergleuten erwartet  
der Schlichtungsausschuss, daß sie ihrerseits an der Besserung  
dieser Last mitwirken, indem sie in eine produktivere Gestaltung der  
Ueberlichkeiten einwilligen. Die vornehmste und für den Berg-  
bau gesundheitlich zuträglichste Gestaltung der Ueberlichkeiten er-  
blickt der Schlichtungsausschuss darin, daß die jetzt vorerfahrenen  
beiden halben Ueberlichkeiten in der Woche durch Anhängung an  
die tägliche normale Arbeitszeit auf die ganze  
Woche verteilt werden, oder daß unter Freilassung des  
Sonntags von Ueberarbeit sich die Ueberarbeit an den andern  
Tagen der Woche entsprechend verlängert. Der Schlichtungsaus-  
schuss empfiehlt der Regierung, die Bedenken der Bergarbeiter gegen  
eine derartige Regelung durch gezielte Festlegung einer Höchst-  
arbeitszeit zu beseitigen. Soweit nicht auf diesem oder einem  
anderen Wege eine Besserung der Verhältnisse des Bergbauers  
zu erzielen ist, wird eine Erhöhung der Kohlenpreise die unvermeid-  
liche Folge der Lohnerhöhung sein müssen.

Diese Mischung von Gönnerhaftigkeit und Drohung in der Ver-  
lautbarung des Schiedsgerichts muß zurückerwiesen werden.  
Das Schiedsgericht hat nicht die geringste Veranlassung, derartige  
rührende Tiraden in die Welt zu senden. Ein Schiedsgericht hat  
einfach sachlich über den Streitfall zu entscheiden und die  
Kommentare dazu sind vollkommen überflüssig. Aber diese  
Art entspricht der profanen Annahme, mit der die gegenwärtig  
regierenden Kreise der Arbeiterschaft entgegenzutreten pflegen.  
Obwohl das einzige, womit diese Kreise zu prohen vielleicht das  
Recht hätten, ihre eigene Dummheit ist. Und wir plädieren schon  
für mildernde Umstände, wenn wir in diesem Zusammenhange auf  
Dummheit schließen. Denn in Wirklichkeit ist es eine be-

Die Offiziere aber leben gesondert in ihren Baracken, von vielen  
gehagt — es soll kein Mensch des anderen Herrscher sein. Alles  
Anechtum birgt den Keim des Hasses in sich und die Herren stür-  
zen in großen Stürmen jämmerlich von thronen Podesten. Wie-  
viel Elend entwirrt aus der Welt, wenn keiner mehr den Mund  
zu brutalen Befehlen öffnet, sondern menschlich zu Menschen  
spräche? Wenn keiner mehr die Geißel über Sklaventrägen  
schwänge?

Seht, wie sie in den dämpften Baracken liegen, unwirsch, zu nich-  
tigen Bündeln gewunden, aller Ziele enthoben, aller Hoffnungen  
bar. Sie strecken uns Hausen von Schreinen entgegen, Hundstau-  
tubelnosen, die uns bunte Papierlehen sind, kaum, daß sie dafür  
ein paar Brote bekommen. Sie halten uns Ringe und Juwelen  
hin, die wir nicht brauchen, weil wir kein Geld für irdische Schätze  
besitzen und, letzten Endes, Vergänglichendes auch nicht genügend  
achten. Ein Junge, siebenjährig, bietet uns aus pechschwarzem  
Tafelentuch tragwürdige Zunderstücke an. Für Zigaretten haben sie  
hin, was immer sie besitzen. Wir verteilen alles, was wir haben,  
— Tropfen auf glühende Blöcke. Die Frauen haben Tränen in  
den Augen. Dummheitlich wir, die wir Variabiele aus laßler  
Erde schaffen möchten. Hilflose, die sehr bewußt den ganzen Erden-  
jammer sehen. Kinder, die keine Heissen heben können.

Am glücklichsten jedoch erscheint die Schar der Russinnen. Sie  
tragen ihre Instrumente, sie schreiben emsig Noten auf Fellen von  
Papier. In ihrer Brust sind immer Klänge, die sie aus Enge und  
Alltag erlösen. Sie sind Befreier der Befreiten, deren Herz nicht  
jüngschüttelt ward von Blut und Nord. Die Schwermut ihrer We-  
sen gaukelt ihnen Heimat vor die Augen, so daß der Wind, auf un-  
gehemmter Bahn, bis zu den heimatlischen Flüssen reicht.

Sie flattern auf den Pavillon inmitten des weiten Lagers, und  
monoton Helmschläger quellen aus dem Mund der Instrumente.  
Sie spielen die alte Marschmusik der Regimenter, und die lange  
Kette der zur Küche Dringenden schwingt in unbewußten Rhyth-  
men. Aber wenn sie sich den Kesseln nähern, ist ihre Brust ganz  
ohne Melodie, sie drängen ungestüm mit ihren Rippen aufeinander,  
— sie schlagen sich gegenseitig tot um einen Teller Suppe, wenn  
nicht die Wächter ihre Wildheit zähmen. . . .

Wir gehen, ein tropisches Bild in den Pupillen, traurig und  
schweigend nieder in die Stadt, wo die Bürger im friedlichen Heim  
ihren Braten verzehren. Auch uns erwartet ein reichliches Mahl  
— wie Unente es nach langem Marsche munden! Jedoch die Bissen  
würgen manchmal in der Kehle. . . .

Am späten Abend fahren wir heimwärts aus herbstlichen Wä-  
ldern. Wir schaukeln sanft in altertümlicher Kalesche durch das  
dick Dunkel; alle Gespräche sind verstummt.  
Da tauchen vor uns grelle Lichter auf: sie schweben im Bierz  
hoch über den Dächern der nächtlichen Barackenstadt.

wußte Unwahrheit, wenn in dem letzten Satz des Kommen-  
tars zum Schiedspruch gesagt wird, die Erhöhung der Kohlen-  
preise wird eine unvermeidliche Folge der Lohnerhöhungen sein.  
Soweit nicht auf einem anderen Wege eine Besserung der  
Selbstkosten des Bergbauers zu erzielen ist. Die Regierung sollte  
zunächst einmal untersuchen, ob nicht die fabelhaft gestiegenen Ge-  
winne der Zechenbesitzer eine Erhöhung der Kohlen-  
preise bereits zu unvermeidlicher Folge gehabt haben. Daß  
die Löhne nicht die Ursache der hohen Preise sind, ist erst jüngst  
im Reichswirtschaftsrat festgestellt worden und es ist unerhört, daß  
ein Schlichtungsausschuss seine Teufelungen dazu benutzte, um  
diesen Sachverhalt zu verdunkeln und die schwerarbeitenden  
Bergarbeiter damit von neuem den Anwürfen der kapitalistis-  
chen Presse und ihres Besenanges auszuweichen. Daß die Löhne  
nicht schuld sind an der Preissteigerung, geht auch daraus hervor,  
daß die Lohnsumme gegenwärtig in einem weit ungünstigeren  
Verhältnis zum Preise steht als vor dem Kriege. Das heißt:  
Der Anteil des Lohnes am Preise war relativ vor dem Kriege  
weit höher als jetzt. Weiter wissen wir, daß englische Berg-  
arbeiter ungefähr das Sechsfache bis Siebenfache  
von dem verdienen, was deutschen Bergarbeitern nach langem  
Widerstreben zugebilligt worden ist.

Ueber den Vorschlag des Schiedspruches, die Ueberlichkeiten  
„produktiver“ zu gestalten durch die Verteilung der zwei halben  
Ueberlichkeiten auf die ganze Woche durch Anhängung an die täg-  
liche normale Arbeitszeit mögen sich die Bergarbeiter selber aus-  
sprechen. Den wohlwollenden Versprechungen zum Trost halten  
wir diese Maßnahme für eine Gefahr. Es soll auf diese Weise  
der Nachweis erbracht werden, daß eine längere als siebenstündige  
tägliche Arbeitszeit unter Tage möglich ist.

## Kapitalistische Steuerhinterziehung

Wir haben vor einigen Wochen aus dem Bericht der im  
Jahre 1918 eingesetzten Prüfungskommission des preussischen  
Kriegsministeriums in Sachen der Daimler Motoren-  
gesellschaft aufführender Einzelheiten mitgeteilt  
über die gewaltigen Steuerhinterziehungen  
dieses Unternehmens während des Krieges. Es ist charakte-  
ristisch für die gegenwärtige kapitalistische Regierung, daß  
auf diese Veröffentlichungen hin nicht das geringste  
geschehen ist, obwohl gerade dieser Fall ein sprechendes  
Beispiel dafür ist, wie die kapitalistischen Unternehmungen  
sich durch falsche Buchungen und ähnliche Manipulationen in  
allergrößtem Umfang von der Steuerzahlung drücken. Wollte  
die Regierung wirklich zur Linderung der Finanznot bei-  
tragen, so müßte sie allerhöchste Maßnahmen einleiten. Aber  
daran ist wohl kaum zu denken.

Im übrigen wird die Regierung Gelegenheit haben, sich  
zu dieser Angelegenheit im Reichstag zu äußern, denn der  
rechtssozialistische Abgeordnete Reil hat die diesbezügliche  
Anfrage eingereicht, ob die Regierung bereit ist, diesen Prüfungs-  
bericht der Deffenizität im Wortlaut vorzulegen.

## Betriebsrätegesetz und Aufsichtsrat

Nach dem § 70 des Betriebsrätegesetzes soll möglichst bald ein  
Gesetz erlassen werden, nach dem ein oder zwei Betriebsräte-  
mitglieder in den Aufsichtsrat entsandt werden müssen. Die  
Regierung hat bisher unter dem Druck der Unternehmer noch  
immer nicht Zeit gefunden, diesen Gesetzesentwurf dem Reichstag  
vorzulegen. Diese Verzögerung ist nun selbst einigen rechts-  
sozialistischen Abgeordneten zuviel geworden. Der rechtssozialisti-  
sche Abgeordnete Siebel erklärte deshalb in einer Anfrage:  
„In allen Arbeitnehmerkreisen wird großes Gewicht auf die  
schleunige Herbeiführung dieses Gesetzes gelegt.“ — Er fragt die  
Regierung, ob sie bereit ist, diesen Gesetzesentwurf dem Reichstag  
alsbald nach seinem Zusammentritt vorzulegen, um zu ermöglichen,  
daß er noch vor Jahresabschluss vom Reichstag verabschiedet werden  
kann.

Die Kampfsiele der deutschen Gewerkschaften. Der deutsche  
Gewerkschaftskongress sprach sich einstimmig zugunsten der etappen-  
weisen Verstaatlichung der Industrie aus. Als erste  
zu verstaatlichende Zweige werden genannt: Eisenbahnen, See-  
transportwesen, Kohlenminen, Versicherungen, Kreditinstitute,  
Banken, Beleuchtungswesen und Kraftwerke.

## Die Entwurzelten

Von Erich K. Schmidt

Der herbstliche Sonntag steht in feierlicher Stille über der  
kleinen holden Havelstadt. Die Honoratioren schlendern gemach  
über Kahentopfstiege, indes ihre Frauen in den engen Küchen  
fleißfertig den Feiertagsbraten bereiten.

Aber weit hinter den Toren der Stadt, hoch oben auf den  
Hängen, die das wuchtige Dommassiv tragen, zwischen mächtigen  
Wellen voll nachlässigen Drahtes, ist reges Leben. Auch in dem  
weitverzweigten Lager der internationalen Russen wird schon, in  
riesigen Kesseln, von schwitzenden Männern das Mittagmahl ge-  
kocht, und die Schar der Heimatlosen streift ungeduldig über den  
weiten Plan, witternd nach Suppenbust. O diese Topfenfülle! Da  
wandeln sie auf und ab, die Jungen, die Stien, die Wölfer des  
ungeheuren Reichs. Vom Süden, vom Norden des Landes: aus  
Sibirien, Kaukasien und aus dem Baltikum. Entwurzelte, der  
Muttererde Entziffene, durch das alte trübselige blutige Kriegsspiel  
Vertriebene, grauhaarig die Einen, knabenhaft die Anderen, sie  
umdrängen uns Fremde mit fragenden Augen: „Könni Ihr uns  
helfen?“ Wir können es nicht. Was sind die paar Zigaretten, die  
wir verteilen, für all die Tausende, die hier tatlos sich im Kreise  
drehen, kräftige Männer, so nötig gebraucht zum Aufbau einer  
wilderstörkten Welt und nun im Nichtstun die Tage verfliegend.  
Männer mit klugen klaren Augen und anders mit trüben trü-  
bischen Blicken; in blanken hohen Stiefeln und barfuß oder einen  
Fuß nur von Lumpen umwickelt: Wir sind der Zeitpunkt all dieser  
Augen, sie kreisen um uns, als könnten wir Bestelung bringen.  
Sie alle, Söhne der großen gütigen Mutter Erde, sind getrennt  
und zerpalten: Jaxisten, Volkshewisten, Schwankende und fanati-  
sche Feste, es gibt keine Einigkeit auf dieser Welt. Wer weiß, ob  
Zwei, die hier vorüberstreifen, einander nicht blutig haßen um  
kaltter Dogmen willen; wer kann in ihre Herzen sehen, die unter  
schmerzhaften Tadeln schlagen? Und alles nur, weil das eine Ur-  
wort, von allen Weisen, Propheten und Gelehrten, von Dichtern  
und Religionsstiftern aller Zeiten und Zonen hinausgeschrien, un-  
erfüllbar ist auf Erden: „Ihr Menschen liebet einander!“ Ach,  
Trauer schmäht einem die Achse zu. Ihr Frauen, die Ihr uns  
Gefährten seid, auch Ihr habt keine Macht, auch Ihr habt den  
gelten Wahnsinn des Krieges umjübelt, Ausziehenden zugewinkt,  
Opferstiere umkränzt. Wann kommt die Stunde, da Ihr erwacht,  
Euch Macht nehmt zum Guten, die Söhne erweckt, daß sie bewußte  
Menschen werden, wann bricht das neue Zeitalter der Liebe an?

Seht, es sind den Massen ein paar Frauen gefolgt, sie essen und  
schlafen mit ihnen, sie ziehen nachts im Dunkeln die Kleider aus,  
wenn der Atem von des Gatten Kameraden ihre Haut berührt.  
Sie haben kein Heim, wo sind ihre Kinder, wann werden sie am  
Herde ihres Steppendorfs sehen?

Ich höre im Geiste die Wächter um die Tore wandern, einwärts,  
müden Schritts. Ich sehe: Dreitausend Männer wälzen sich, von  
nachlässigen Träumen bebrängt. Unersättliche Säfte brodeln dumpf. Zu-  
weilen flüstert jemand einen Namen in die Nacht.

## Deutsches Theater

(Ruffischer Abend in den Kammerspielen.)

„Er ist an allem schuld“ — nämlich der Alkohol. Aber  
es ist wahrlich kein bloßes Tendenzstück, diese Komödie von Leo  
Tolstol, die uns gestern das „Deutsche Theater“ bescheerte. Es ist  
in knapper Form ohne Verknüpfung Offenbarung reinen Menschen-  
tums auch noch in der zerlumpteften Gestalt. Da ist der Wander-  
bursh, ein heruntergekommener Gesell mit Bildungsbroden, der  
Alkohol ist sein Feind, durch ihn fruchtlos er immer wieder, aber  
keits unverzagt stellt er sich mit reiner Seele, sonst aber ganz un-  
bewußt, schlagend vor die Frau gegen die Brutalität des  
Mannes, fließt in Brannweinmischung dem Gastsfreund die Tüte  
mit Zucker und Tee, ist weder Dieb noch Expropriateur, wird ab-  
gefaßt und als man ihn großmütig laufen läßt, schluchzt er  
voller Demut auf. . . . Ach diese unsagbar tiefen Menschlich-  
keiten der Natur in Tolstols Bauern, diese abgrundliche mild-  
erbarene russische Seele. — Auch die Aufführung dieser Szenen  
im Kammerpielhaus des „Deutschen Theaters“ ist ein Kleinod.  
Der Naturalismus, auch des wunderschön abgetünchten Bühnenbildes,  
ist zu einem geistlosen Spiel gelöst. Man weiß, das Kostüm  
in der bezaubernden Verkörperung dieser passiven russischen  
Helden viellecht nur in der größten und kühnsten russischen Dis-  
tanz selbst Urbild und Ebenbild hat. Als er am Schluß der ersten  
Szene im Kausch der trunkenen Seele „Grüde, zur Sonne, zur  
Freiheit, Brüder, zum Lichte empor“ aufwühlend lang, jubelt,  
weinte, da konnten nur verstockte Herzen kalt bleiben. Von allen  
andern trefflich Mitwirkenden seien noch Herrmann Thimig und  
August Bantsoy besonders genannt. — In der sich anschlie-  
henden einaktigen Komödie Nikolai Gogols „Die Spieler“,  
in der in einem schmerzigen Hotel Talschpieler Le Gasse  
und sich gegenseitig rupfen, ist in satirisch lustiger Weise ein  
Weißbild der Betrügerwelt mit gullibitterer Unternehmung gegeben.  
Hier feierte die anskausche Komit Maz Galkorffs wahr-  
scheinlich die größte Triumph. Und Kostol konnte in einer ihm von Natur  
weniger angepöhten Rolle eine hochapertische Gewandtheit und ange-  
räucherter Verquertheit virtuos hervorkehren. Hugo Böblich als  
Kellerer, Herrmann Thimig als junger Strudelkopf, Friedrich  
Kühne als Greis fügten sich prächtig ins Bühnenbild, das in  
beiden Stücken von Julius Haffo als Maler entworfen und  
von Bernhard Reich als Spielleiter, sinnoel belebt war. L. B.



# Die proletarische Einheitsfront

Aus Prag wird uns geschrieben:

Der Parteivorstand der deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der tschechoslowakischen Republik schlägt vor, zur Vereinigung des gesamten Klassenbewusstseins der Tschechoslowakei ohne Unterschied der Nationalität eine ständige Institution zu schaffen, die als ständige Kongress des Proletariats aller Nationalitäten bezeichnet. Die Vertreter sollen durch Urwahlen in den Gewerkschaften und Parteiorganisationen nach dem Verhältniswahlrecht gewählt werden. Dem Kongress obliegt die Aufgabe, zu den wichtigsten Ereignissen im politischen Tagesgeschäft Stellung zu nehmen, die jeweiligen Forderungen des Proletariats zu formulieren und über große und entscheidende Aktionen des Proletariats zu beschließen, für welche die gesamte proletarische Kraft in Anspruch genommen wird. Der Kongress wählt sich einen Präsidiumsrat, der dann fallweise das Plenum einberuft. Die Einberufung muß erfolgen, wenn das Verlangen hierzu von zwei Gewerkschaftskommissionen oder zwei Parteiververtretungen oder je einer dieser Institutionen zusammen gestellt wird. Dem Kongress wird die Beschlußfassung über den Aufbau jener organisatorischen Einrichtungen obliegen, deren das Proletariat zur Mobilisierung seiner Kräfte und zum Vollzug der vom Kongress gefassten Beschlüsse bedarf.

Gleichzeitig schlägt die Parteiververtretung eine Reihe von Maßnahmen vor, die in erster Linie den ständigen Kongress zu beschließen hätten. Es wäre dies die Beseitigung des Wohnungselends, die Enteignung des Großgrundbesitzes, die Sozialisierung des Kohlenbergbaus, die Ordnung des nationalen Eigenlebens der Völker, ein Ernährungsprogramm.

Es würde sich bei dieser neuen Institution zweifellos um einen geeigneten Versuch zur Einbahnung einer gemeinsamen Kampffront des gesamten Proletariats handeln. Die praktische Bedeutung der Auslösung von Kämpfen dürfte zwar vorläufig nicht überschätzt werden, da erfahrungsgemäß die großen Gebilde der Gewerkschaften wohl kaum zugunsten einer dritten Kraft ihre selbständige Entscheidungsfähigkeit aufgeben dürften.

## Stimmen der Parteipresse

„Volksrecht“, Frankfurt a. M.

Laßt jubelt die Reaktion! Was sie niemals vermocht hätte, das haben in Rußland die pseudorevolutionäre Reaktionen vollbracht! Die Reaktion hat allen Anlaß zum Jubeln, denn von der drückendsten Sorge ist sie befreit! Sie braucht trotz des Zusammenbruchs der kapitalistischen Wirtschaft vorerst noch keine soziale Revolution zu fürchten, die ihre Macht für immer ein Ziel setzt. Ein uneiniges Proletariat gewinnt nicht die Macht am Birkendamm!

Wir trauern in dieser Stunde nicht um die Partei, der unsere Nähe und Arbeit bisher gegolten. Die Form mag zerbrechen, wenn nur die Idee lebt, der sie Gestalt gab. Aber es ist nicht nur die Partei zertrümmert, es ist auch die sie belebende Idee geschändet worden. Was ein neunkommunistischer Idiot kürzlich zur Begründung seiner Moskauerherrschaft in der „Freiheit“ schrieb: „Fort mit dem reaktionären wissenschaftlichen Sozialismus“, das ist das Leitmotiv der halben Parteimehrheit gewesen. Alle Lehren des wissenschaftlichen Sozialismus, alle ersten Erfahrungen der Arbeiterbewegung mißachtete ihr Fanatismus!

Wäre damit die Partei allein zertrümmert worden, so wäre das der Meißel größtes nicht. Eine Partei ist wieder aufzubauen, zumal wir lehrerwegs bekräftigen, daß der größte Teil ihrer Mitglieder ins kommunistische Lager abmarschiert. Die Massen unserer Genossen hat viel zu oft die verächtliche Verlogenheit der Kommunisten durchschaut, die sich von jeder daraus verzeigten, die Führer der U. S. V. zu verleumden und ihren Mitgliedern zu schmeicheln, um die Partei zu zertrümmern. Sie wird auch bald genug erkennen, daß diese Gankepolitik jetzt ihr Ziel nur erreichen konnte, weil einige Heroldstraten in der eigenen Partei sie witzmachten, um zur Verwirklichung ihres persönlichen Ehrgeizes eine Rolle spielen zu können, zu der sie weder Fähigkeit noch Charakter bernien machen. Wir brauchen nur an jenen Kaulerrevolutionäre Kurt Geyer zu erinnern, der sich während der Kapitulation in einen fränkischen Borort verlorb und Romane las, während das Leipziger Proletariat, in dessen Reihen er lechtern mußte, im heißen Kampf sein Blut vergoß.

## Wassili Kandinsky

Der russische Maler Wassili Kandinsky, geboren 1866 in Moskau, gehört zu den seltenen Malern von wirklich epochaler Bedeutung. Niemand hat fähner, entschlossener und fleißiger als Kandinsky die unerschöpfbar gewordenen, aber noch immer ungeheurer mächtige Tradition der europäischen Malerei zerbrochen — durch seine Bilder etwa vom Jahre 1910 ab. Kandinskys Schriften sind von bleibender Bedeutung, als die klarsten Darstellungen des expressionistischen Willens. „Der blaue Reiter“, den Kandinsky gemeinsam mit Franz Marc 1912 in München herausgab (seit 1908 lebte Kandinsky bis zum Ausbruch des Krieges in Deutschland), ist heute nicht mehr zu haben. „Das Weiße in der Kunst“ erschien in mehreren Auflagen im Verlage K. Piper in München, und im Verlage des „Sturm“ erschien 1913 das Kandinsky-Album, das in diesen Abbildungen den Weg zeigt, den Kandinsky seit 1901 ging und eine schöne Selbstbiographie enthält. Der „Sturm“ hat das Verdienst, von seiner ersten Ausstellung 1912 an Kandinskys Bilder allen Angriffen und Verhöhnungen zum Trotz immer wieder ausgestellt zu haben. Wichtige Werke Kandinskys sind von Zeit zu Zeit auch neuerdings im „Sturm“ zu sehen. Von besonderem Interesse für jene, die die neue Kunst kennen lernen wollen, sind aber durch die Taten der Epigonen mit Recht nicht übersehen, ist wohl die Mitteilung, daß in dem Buch und Kunsthilf A. und S. Iwards, Potsdamer Straße 12, einige Aquarelle und Zeichnungen Kandinskys aus den letzten Jahren (bei freiem Eintritt) ausgestellt sind. Es ist das seit 1914 die erste Gelegenheit, neue Arbeiten Kandinskys zu sehen. Sie sind schöne Zeugnisse seiner Kunst, aus Form und Farbe allein unter Vermeidung alles Gegenständlichen das Bild zu gestalten. Gemäß ist die Leistung Kandinskys kein Dogma, das allein selig machte, aber alle danken ihm, der das Gesetz der „inneren Notwendigkeit“ aufstellte und an Stelle der Tradition setzte, die Verwirrung. Manche Besucher werden vielleicht die Blätter zunächst leerfinden, weil sie den Gegenstand vermissen. Aber wenn sie sich nur verstehen wollen in die Ausdruckswerte ihrer reinen, d. h. durch keine Rücksicht auf Nachahmung der äußeren Natur getriebenen Farben, so werden sie erkennen, daß gerade die Fälle künstlerischer, nicht imitativer Werte Kandinskys Schöpfungen auszeichnen. — Doch Kandinsky dem Vorstand des Kollegiums der bildenden Künste des russischen Kommissariats für Volksaufklärung“ angehört, ist seit längerem bekannt. Nähere Mitteilungen über seine Tätigkeit in diesem Kollegium enthält leider auch nicht das sonst interessante Buch von Konstantin Umanski „Die neue Kunst in Rußland“ (Verlag Liepenheuer-Götsch, Berlin-München), dessen zweite Auflage hoffentlich ein besseres Abbildungsmaterial bringen wird.

Das Mathias-Theater brachte in einem hervorragenden Gespielen im Circus Busch in Breslau „Die Internationale“ von Emil Hallay, zur Aufführung. Das affablenhaft kurz besetzte Haus dankte mit kläglichem Beifall. Vom 1. November ab wird „Die Internationale“ in Leipzig zum Besten des Wiederaufbaues des Volkshauses zur Darstellung gelangen.

In Halle wurde ein Verbrechen an der deutschen Revolution verübt. Die Parteitagmajorsität wurde wegberaubt in der Konterrvolution! Die Massen, die von ihr geführt, zur kommunistischen Partei flohen, verlangen von dieser revolutionären Taten, bevor die Zeit zum letzten Entscheidungsmoment reif ist! Man hat ihnen ja suggeriert, daß man mit einer Revolution nicht zu warten braucht, bis die Masse des Proletariats sich auf diese geistig eingestellt habe. Es wurde als „opportunistisch“, ja als „konterrvolutionär“ erklärt, zunächst die Masse des Proletariats mit revolutionärem? Len zu erfüllen und für ihre Aufgabe im Befreiungskampf zu schulen. Es genüge ein revolutionär-kraft organisierter Vortrupp, um den Kampf zu wagen und siegreich zu bestehen. So schrien die Schatzkassen, bis ihre Reihlen heißer wurden. Nun wird von der R. P. D. Einlösung dieses Versprechens gefordert werden! Weigert sie sich, einen solchen Wahnsinnsstreich zu begehen, so wenden sich enttäuschte Massen von ihr ab und verlassen wieder dem völligen Indifferentismus! Wagt sie den Kampf vor der Zeit, so verzieht sie die Kraft des Proletariats in einem nutzlosen Puff, auf den die bewaffnete Reaktion nur lauert, um ihn blutig zu unterdrücken und dann mit neuen Ausnahmemaßnahmen das gesamte sozialistische Proletariat zu knebeln! Auf alle Fälle ist die Folge des halben Beschlusses eine Schwächung der proletarisch-revolutionären Kraft und Stärkung der Konterrvolution!

Dem denkenden Teil des revolutionären Proletariats obliegt es jetzt, dafür zu sorgen, daß die verderblichen Folgen des Verbrechens von Halle eingedämmt werden. Noch ist der Schaden nicht allzu groß. In Halle trennten sich nur die Führer von den Verführern der Partei. Bei der Masse der Parteigenossen liegt die Entscheidung! Sie müssen dafür sorgen, daß das kommunistische Klassenbewußtsein aus dem Verbe der U. S. V. herausgeholt wird, müssen der alten U. S. V. und ihren Führern treu bleiben und durch rührige Mitarbeit die einerneren Wäden schließen. Dann wird die U. S. V. groß und stark bleiben und auch weiterhin von ihren Genossen respektiert werden, die sie — mögen sie von rechts oder links ankürmen — mit scharfen Schwerfötelchen in ihre Schranken verweisen wird. Geschichte das, dann hat die Reaktion zu früh gejubelt!

## Rundschreiben Nr. 30

Vor der Verschmelzung mit den Kommunisten

Unter der Firma „Otto Gabel, zur Zeit Betriebsrätezentrale, Berlin C., Mühlstr. 24“, wird als Rundschreiben Nr. 30 an die Genossinnen und Genossen im Bezirk 4 Potsdam ein längeres Schriftstück verschickt. Es heißt darin zuerst, daß die rechtmäßige U. S. V. D. diejenige sei, deren Vorsitzende Ernst Däumig und Wolph Hoffmann seien. Danach wird folgendes mitgeteilt:

„Genossen, ich bitte Euch, in allen größeren Ortsgruppen Mitgliederveranstaltungen einzuberufen, und auf die Tagesordnung „Verschmelzung vom Parteitag“ zu setzen. Referenten werden von mir vermittelt. Außerdem müssen sich alle Funktionäre auf die Beschlüsse des Parteitages verpflichten. Funktionäre, welche es nicht tun, sind sofort zur Neuwahl zu stellen. Nur wer auf dem Boden der 3. Internationale steht, kann Funktionär der U. S. V. D. sein.“

Genossen! Geldwendungen sind nicht mehr an Richard Herzst zu adressieren, da die ganze Berliner Parteibureaukratie gegen die Beschlüsse des Parteitages ist.

Ich bitte also, das Geld vorläufig am Drie zu behalten, bis weitere Nachrichten folgen. Funktionäre, die das rechtmäßige Eigentum an Geld und Material der rechtmäßigen Partei, der Mehrheit des Parteitages, vorenthalten, werden zur Verantwortung gezogen.

In alternativer Zeit folgen Richtlinien über das weitere Verhalten, die von einem Ausschuss unter dem Vorsitz eines Mitgliedes des Exekutivkomitees und Mitgliedern der U. S. V. D. und R. P. D. angearbeitet werden.

Eine Verschmelzung der U. S. V. D. und R. P. D. wird auf einem Parteitag in zwei bis drei Monaten vorgenommen, bis dahin haben die einzelnen oder geschlossenen Leberzelle zu unterbleiben. Verhaltensmaßnahmen der gemeinsamen Aktionen der U. S. V. D. und R. P. D. folgen gleichfalls in aller nächster Zeit. Die Genossen müssen aufmerksam gemacht werden, daß sie aus Verärgerung nicht die „Freiheit“ — so miserabel dieselbe auch ist — abstellen, ebenso dürfen die Mitglieder der Genossenschaft ihre Mitgliedschaft in dieser nicht aufgeben, die „Freiheit“ ist das Organ der Berlin-Brandenburger Genossen, diese müssen und werden dafür sorgen, daß die „Freiheit“ ein revolutionäres Organ wird.

Nun Genossen, frisch an die Arbeit, schwere Kämpfe stehen uns bevor, schon hebt die ganze bürgerliche Presse auf die Befürworter der 3. Internationale, schon wird Regierung und Staatsanwalt mobil gemacht, das ist der beste Beweis, das wir auf dem rechten Wege sind.

Genossen! Darum trotzdem und trotzdem:

„Hört die Signale, auf zum letzten Gefecht, die Internationale erkämpft das Menschenrecht!“

Mit bestem Gruß

Otto Gabel

Es macht sich auf, daß der „Parteiorganisationsrat“ Otto Gabel sich gegen die Berliner „Parteiorganisationsrat“ wendet und dabei den Sach der Betriebsrätezentrale findet, die sich doch auch nur aus „Bureaukraten“ zusammensetzt. Offenbar muß man aber kommunistischer „Parteiorganisationsrat“ sein, um seine revolutionäre Gefinnung erweisen zu können. Daß die Verschmelzung mit den Kommunisten erst in zwei bis drei Monaten vorgenommen werden soll, ist lediglich ein taktisches Manöver; in Wirklichkeit haben die Befürworter der Moskauer Bedingungen sich der kommunistischen Internationale bereits angeschlossen, lediglich der Wunsch, möglichst viel von dem Eigentum der U. S. V. D. mitzunehmen, hindert sie an der Erfüllung ihrer Pflicht, sofort in die deutsche Sektion der kommunistischen Internationale einzutreten.

Auch wir erwarten, daß die Parteigenossen treu zu ihrem Blatte, zur „Freiheit“ stehen; wir sind alle davon überzeugt, daß auch diejenigen, die nicht unsere Meinung teilen, noch manches aus ihr lernen können. Im übrigen hoffen wir, die neunkommunistischen „Parteiorganisationsrat“ an erster Stelle zu sehen, wenn es „zum letzten Gefecht“ geht. Bisher hat man für den Kampf gegen Regierung und Staatsgewalt vornehmlich jene Genossen in Anspruch genommen, die man jetzt als Koolaten, als Agenten der Bourgeoisie beschimpft; und unter den neunkommunistischen Revolutionären steht man jetzt gar manchen, den man bei früheren „Gefechten“ nicht gesehen hat!

## Aus der Partei

Ein guter Anfang

Die zum Dienstag Abend einberufene Generalversammlung des 11. Bezirks hatte einen sehr guten Besuch aufzuweisen. Die Neunkommunisten, unter Führung Rosenbergs, hatten verabschiedungsgemäß die Plätze auf dem Podium, zu beiden Seiten des Rednerpultes belegt. Sie kamen nicht auf ihre Kosten.

Vor Eintritt in die Tagesordnung verlas Genosse Zietemann eine Erklärung dahingehend, daß diejenigen, die sich den 21 Bedingungen unterwerfen, den Kommunisten angehören und damit keine unabhängigen Sozialdemokraten mehr sein könnten. Er forderte dann alle Mitglieder der U. S. V. D. das heißt die Genossen, die auf dem Boden des Leipziger Aktionsprogramms stehen, auf, mit ihm den Saal zu verlassen und anderweitig zu lagern. Die Neunkommunisten samt ihren Reimzellen hatten bei der Verlesung der Erklärung die Sprache verloren. Erst als die Er-

klärung des Vorsitzenden mit lebhaftem Beifall einer starken Dreiviertelmajorsität begrüßt wurde, kam Leben in die „Reimzellen“, das sich in Schreien und Brüllen äußerte. Unsere Mitstreiter flehen Rosenbergs samt seinem Anhang allein. Ein kleiner Haufen blieb zurück. Die Neunkommunisten im 11. Bezirk werden nun gehen haben, wo sich die erdrückende Mehrheit befindet.

Die Generalversammlung unserer Genossen fand dann bei drückender Enge in Kellers Festsaal statt. Genosse Schneider schilderte die gegenwärtige politische Situation, während Genosse Praeger Stimmungsbilder vom Parteitag zum besten gab, die ihre Wirkung nicht verfehlten. Nachdem Genosse Bollmerhaus die Gewerkschaftsfrage erörtert hatte, wurden provisorische Erziehungswahlen zum Bezirksvorstand vorgenommen.

Harmlos wurde die Versammlung zu Ende geführt. Die ersten und wichtigsten Genossen bedeutet die Trennung von den Neunkommunisten im besten Sinne des Wortes eine Erlösung. Mit neuem Mut und dem besten Willen, das von wildgeborenen Spießbürgern Beschlagene durch intensivierte Arbeit wieder aufzubauen, trennten sich in später Nachstunde die Genossen.

## Die Neunkommunisten in Erfurt

Die Redaktion der Erfurter „Tribüne“ hat, wie uns berichtet wird, beschlossen, auf die Mitarbeit des Redaktionsmitgliedes und Reichstagsabgeordneten Mehrhoff zu verzichten. Genosse Mehrhoff hat die Annahme der Moskauer Bedingungen beipflichtet und in Versammlungen der Erfurter Arbeiterkassette eine zielklare revolutionär-sozialistische Politik empfohlen. Damit hatte er den Unwillen seiner neunkommunistischen Redaktionskollegen erregt.

Im Lager der Erfurter Parteikommunisten (Spartakusbund) beobachtet man die Vorgänge in der Sektion der dortigen Neunkommunisten mit einem meinenden und einem lachenden Auge, denn es naht nun die feierliche Stunde, wo beide Richtungen ihre Bruderhände austauschen wollen. Die Spartakusleute sind sehr mißtrauisch geworden. Sie erinnern sich, daß die Erfurter neunkommunistischen Führer von jeher mit einem politischen Lafter behaftet waren. Dieses Lafter heißt: Schaufelpolitik. Wenn wichtige politische Fragen aufstauten, dann waren die Neunkommunisten in der „Tribüne“ stets „ein bißchen dafür“ und „ein bißchen dagegen“. Sie pochten dann schließlich die Einstellung der Segel dem stärksten Windzuge an. Wir wünschen den Parteikommunisten viel Glück zu ihren Kämpfen mit den Neunkommunisten. Und heute schon bewundern wir die zukunftsige Einheit des „revolutionären“ Geistes.

## Gewerkschaftliches

### Die Aussperrung bei der Viktoria beendet

Die Einigungsverhandlungen vor dem Schlichtungsausschuss haben zu einem Vergleich geführt. Der Betrieb wird am Donnerstag wieder eröffnet, die Aussperrten nehmen die Arbeiten an.

### Aus der Lohnbewegung der Angestellten der Lederwirtschaft

Die Arbeitgeber der Lederwirtschaft hatten ursprünglich die Wünsche und Forderungen der Angestellten wegen Lohnerhöhung rundweg abgelehnt. Daraufhin bemühtigte sich der Angestelltenrat begreiflicherweise eine erhebliche Anruhe. In verschiedenen Betrieben wurden Urabstimmungen wegen eines Streiks vorgenommen. Daraus gingen die Arbeiter aber nach und machten einen — allerdings unzulänglichen — Vorschlag, die Löhne um 10 Prozent zu erhöhen. Der Vorschlag wurde von den Angestellten abgelehnt und der Schlichtungsausschuss angerufen.

Das Entgegenkommen der Arbeitgeber war zweifellos nur auf die in verschiedenen Betrieben vorgenommenen Urabstimmungen zurückzuführen. Mit anerkannter Offenheit gab Herr Dr. Engel in den letzten Tarifverhandlungen zu, daß die Arbeitgeber ihr Zugeständnis gemacht haben, um die in den Betrieben herrschende Anruhe zu beseitigen. Demgegenüber haben die gelben Angestelltenverbände dem Zentralverband der Angestellten in einem Rundschreiben den Vorwurf gemacht, daß er durch seine angelegentlichsten Aktionen und die Urabstimmungen in verschiedenen Betrieben Anruhe gestiftet habe. — Die genannten gelben Verbände hatten zu Montag, den 18. Oktober 1920, im Restaurant Schutzhelf eine Versammlung einberufen, um die Angestelltenchaft voll und ganz aufzuklären.

Gleich zu Beginn der Versammlung wurde fast einstimmig beschlossen, daß ein Vertreter des Zentralverbandes der Angestellten das Korreferat zu übernehmen habe, um die gegen den Zentralverband der Angestellten erhobenen Vorwürfe zurückzuweisen. Nach längeren Ausführungen beider Parteien wurde eine vom Kollegen Wendland eingebrachte Resolution mit überwältigender Mehrheit angenommen, nach der den gelben Verbänden wegen ihrer verächtlichen Haltung im Streik im Zeitungsgewerbe das schwerste Mißtrauen ausgesprochen wurde und die Angestellten sich verpflichteten, die Einheitsfront im Zentralverband der Angestellten durch Austritt aus den gelben Verbänden zu schaffen.

### Ausschluß der Oppositionsführer beim Friseursgehilfenverband

In einer am 7. Oktober im Gewerkschaftshaus stattgefundenen Generalversammlung wurden die Sprecher der Opposition, die Kolb, Ketter, Meyer und Gerling mit 96 gegen 78 Stimmen ausgeschlossen.

Dazu wird uns von dem ausgeschlossenen Ketter geschrieben: Ich befinde mich seit ziemlich zwei Jahren in der Opposition, obwohl ich selber 1/2 Jahr 2 Vorsitzender des Zweigvereins Berlin war, aber auch als solcher nicht mit dem was ich wollte, durchbringen konnte, da ich im Vorstand immer allein stand. Nach meinem Austritt schloß ich mich mit den Kollegen Meyer und Gerling zusammen, um mit ihnen gemeinsam unsere Bewegung etwas schneller vorwärts zu bringen. Aus diesem Grunde habe ich zwei Versammlungen einberufen, um zu sehen, wie weit die Kollegen hinter uns stehen. Um die Herdure entstehenden Kosten zu decken, nahmen wir freiwillige Sammlungen vor. Ferner haben wir bestimmte Richtlinien festgelegt, die innerhalb der Organisation durchgeführt werden sollten. Ich habe in jeder dieser Versammlungen erklärt, daß wir nicht daran denken, die Organisation zu sprengen, sondern wir wollen sie nur vorwärts treiben. Wir haben sogar Vorstandsmitglieder hinzugefügt, obwohl wir wußten, daß diese alles von uns gebürt verstanden würden, gegen uns auszunutzen. Das Urteil hierüber, ob dies Gründe sind, uns auszuschließen, überlasse ich der Berliner Arbeiterkassette. Das nun die Beschuldigung Eshorns betrifft, wegen Bildung kommunistischer Zellen, dazu habe ich zu erklären, daß ich als Funktionär der U. S. V. D. im 13. Bezirk als Gegner der 21 Bedingungen bekannt bin, und hieraus mein Standpunkt wohl ersichtlich ist. Trotz des an mir beantragten Urteils, erkläre ich doch noch, daß die Einheit der Gewerkschaftsbewegung im Interesse der deutschen Arbeiterkassette erhalten werden muß. Wir haben schon beim Ausschluß der Oppositionsführer aus dem Zentralverband der Angestellten betont, daß der Versuch, die Opposition in den Gewerkschaften durch Ausschlußverfahren unmöglich zu machen, die schärfste Verurteilung verdient.

### Vergleich mit den Mühlenbesitzern

Eine am 10. 30. stattgehabene Versammlung schloß sich dem tags zuvor zwischen der Lohnkommission und den Vertretern der Organisation eingetragenen Vergleich an. Es wird der folgende Vergleich geschlossen:

Der Tarifvertrag zur Regelung der Arbeitsbedingungen in den Berliner Mühlen vom 7. Mai 1920, der von den beteiligten Arbeitnehmerverbänden am 18. August 1920 gefändigt worden war, und mit diesem Tage außer Kraft getreten ist, tritt rückwirkend



